

Mitwirken, Mitgestalten, Mitbestimmen

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

ohne eine engagierte Beteiligung der Menschen kein intaktes Gemeinwesen, ohne aktive Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger keine lebendige Demokratie. Das bürgerschaftliche Engagement ist nicht nur eine unverzichtbare Stütze und Hilfe im sozialen Miteinander, sondern gleichzeitig ein wichtiges zivilgesellschaftliches Korrektiv. Mehr noch: Es ist ein Beitrag zu Integration, Inklusion und Teilhabe.

Hier möglichst gute Zugänge zu schaffen, dafür setzen sich unsere Seniorenbüros ein. Sehr viele ältere Aktive investieren gerne und freiwillig ihre Zeit und Energie, wollen aber auf keinen Fall als Lückenbüßer für leere öffentliche Kassen herhalten. Unsere Überzeugung ist: Der eigentliche Wert des bürgerschaftlichen Engagements liegt in seinen demokratischen Qualitäten, im Mitgestalten und Mitentscheiden, in der Ermöglichung von mehr Bürgerbeteiligung und gesellschaftlicher Partizipation. Deshalb haben wir unsere letzte Fachtagung vom 26. bis 27. November 2013 in Hanau unter den Titel „Mitwirken, Mitgestalten, Mitbestimmen – Seniorenbüros beteiligen!“ gestellt. Die vorliegende Ausgabe unserer BaS impulse fasst wesentliche Aspekte dieser wichtigen Thematik zusammen.

Herzlich

Ihr 

Franz-Ludwig Blömker, Vorsitzender der BaS



Thomas Siepmann / pixelio.de

Gesellschaftlicher Wandel

Die Bevölkerungsstruktur ändert sich dramatisch. Der Anteil der Jüngeren sinkt, während gleichzeitig die Bedeutung der Älteren stetig zunimmt. Dies ist nur eine Auswirkung des demografischen Wandels, wahrscheinlich aber die markanteste.

Positiv festzustellen ist, dadurch geraten die Kompetenzen der älteren Generation(en) stärker in den Blick. Dies hatten die Forschung und die Fachorganisationen wie die BaS schließlich seit Jahren und Jahrzehnten gefordert: eine Abkehr von der längst überfälligen Defizitorientierung. Nunmehr scheint diese Erkenntnis langsam im Alltagsbewusstsein angekommen zu sein. Es ist sowohl individuell als auch gesellschaftlich nicht verantwortbar, die lebenslang aufgebauten Ressourcen der Menschen ab einem willkürlichen Zeitpunkt einfach brachliegen zu lassen. Vielmehr ist es in vielerlei Hinsicht sinnvoll und human geboten, diese zu erhalten, zu nutzen und auch im Alter weiter zu entwickeln. Damit verbunden ist – ein ausreichendes Maß an Gesundheit und eine gesicherte materielle Existenz vorausgesetzt – ein Zuwachs an Chancen zur selbstbestimmten Lebensgestaltung in jedem Alter.

Der Dachverband der Seniorenorganisationen stellt fest: „Das Lebensalter ist als Abgrenzungskriterium grundsätzlich nicht geeignet. Altersgrenzen stehen

einer Nutzung der Potenziale des Alters entgegen. Dies kann nicht im Interesse einer älter werdenden Gesellschaft sein“ (BAGSO-Positionspapier 4, 2011).

Und dies gilt nicht nur für die „jungen Alten“, sondern auch bei Hochaltrigen. So zeigen z.B. die Befunde einer Studie der Universität Heidelberg sogar bei Hundertjährigen, trotz vorhandener z. T. erheblicher Einschränkungen, im Durchschnitt eine hohe Zufriedenheit mit der eigenen Lebenssituation.

Hinzu kommt: Wir haben es zwischenzeitlich auch mit einer neuen Generation von Seniorinnen und Senioren zu tun, die ein grundsätzlich anderes Selbstverständnis und höhere Erwartungen an ihre gesellschaftlichen Partizipationsmöglichkeiten mitbringt. Hier ist auch in der Engagementförderung ein Bewusstseinswandel notwendig, der diesen berechtigten Ansprüchen größeren Raum gibt.

Natürlich kann nicht ignoriert werden, dass die zunehmende Lebenserwartung auch mit Risiken verbunden ist, etwa dem Anstieg von Pflegebedürftigkeit oder dementiellen Erkrankungen. Dies sind ernsthafte Herausforderungen, die die derzeitigen sozialen Sicherungssysteme langfristig in Frage stellen.

Leere Kassen

Nicht ganz zufällig ist derzeit ein öffentlicher Bedeutungszuwachs des bürgerschaftlichen Engagements festzustellen. Die Kommunen haben zum Teil jetzt schon ihre finanzielle Leistungsgrenze erreicht und haben Mühe, ihren gesetzlichen Aufgaben in der Daseinsvorsorge nachzukommen. Der Druck, nach neuen Lösungen zu suchen, wächst und wird sich durch den demografischen Wandel voraussichtlich weiter verstärken. Folgerichtig werden die Kompetenzen der Älteren auch hier stärker wahrgenommen. Dagegen ist grundsätzlich auch nichts einzuwenden, sofern es darum geht, diese stärker und länger in die Gestaltung des Gemeinwesens einzubinden. Wer es ernst meint mit der gesellschaftlichen Teilhabe, muss aktive und leistungsfähige ältere Menschen bei der Lösung der kommenden Aufgaben einbeziehen. Mitunter scheint es jedoch, als ginge es darum, die Älteren nun stärker – zumindest moralisch – in die Pflicht zu nehmen. Das bürgerschaftliche

Engagement lebt allerdings wesentlich davon, dass es tatsächlich aus freien Stücken erbracht wird und sich seinen „Eigensinn“ bewahrt. Dies gilt in doppelter Hinsicht. Einerseits wirkt es individuell sinnstiftend, da es persönliche Gestaltung oder anders gesagt Selbstwirksamkeit ermöglicht. Andererseits ist es aber auch kritisch bzw. „eigensinnig“ und hilft damit bei der Wahrnehmung sozialer Probleme.

”

„Eine demokratische Gesellschaft ist eine solidarische Gesellschaft. In ihr ist nicht nur der Gedanke der Freiheit, sondern auch der der Gerechtigkeit wichtig. Ohne das tägliche Engagement von vielen Millionen Menschen ist eine freiheitliche und soziale Demokratie nicht möglich. Denn Freiheit zeigt sich nicht darin, dass jeder machen darf, was er will, sondern darin, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und dadurch das Gemeinwesen und die Demokratie immer wieder neu mitzubegründen.“

(Dr. Serge Embacher, Bundesnetzwerk
Bürgerschaftliches Engagement)

Damit geht es gerade nicht um das Ausfüllen etwaiger Versorgungslücken, sondern eher um deren Offenlegung und das Dringen auf nachhaltige Lösungen. Mancherorts herrscht jedoch noch ein eher funktionales Verständnis vor. Wichtige Komponenten wie Mitgestalten und Mitentscheiden, also die genuin demokratischen Qualitäten des zivilgesellschaftlichen Engagements, kommen in dieser Sichtweise kaum vor.

Vertrauensverlust der Institutionen

Aus demokratietheoretischer Sicht ist das zivilgesellschaftliche Engagement auch deshalb von wachsender Bedeutung, da der Staat, aber ebenso traditionelle Institutionen und Großorganisationen, an Akzeptanz und Vertrauen bei den Bürgerinnen und Bürgern verloren haben. Dies geht jedoch interessanter Weise nicht einher mit dem Rückgang des zivilgesellschaftlichen Engagements (siehe z. B. Freiwilligensurvey 2009). Das spricht dafür, dass wir es nicht mit einer „Krise der Demokratie“ insgesamt, sondern eher mit einer nachlassenden Bindungskraft

und schwindender Glaubwürdigkeit der (demokratischen) Institutionen zu tun haben. Die repräsentative Demokratie mit ihren oft wenig nachvollziehbaren Entscheidungsprozessen und komplexen, z. T. intransparenten Verfahren wird von vielen Menschen zunehmend als unzureichend empfunden. Sie wünschen sich mehr unmittelbare Einflussmöglichkeiten, wie sie es das Engagement – zumindest im Kleinen – erlaubt.

Das bürgerschaftliche Engagement ist somit keinesfalls zu reduzieren auf seine gesellschaftliche Nutzenwirkung, sondern trägt vielmehr zur Vertrauensbildung in der Gesellschaft und damit zur Schaffung des wichtigen sozialen Kapitals bei, welches elementar für ein demokratisches und leistungsfähiges Gemeinwesen ist.

Darüber hinaus ist das Engagement oftmals auch Türöffner für Formen direkter oder partizipativer Demokratie, wie sie etwa Beteiligungsverfahren, Referenden oder Volksentscheide darstellen. Diese erlangen sukzessive mehr Bedeutung und treten ergänzend und nicht notwendigerweise konkurrierend an die Seite von repräsentativen Formen und Verfahren. Es liegt aber auf der Hand, dass es dabei zu Verhandlungsprozessen über neue Zuständigkeiten und Teilung von Verantwortung kommt. Das sich dadurch ergebende Spannungsfeld zwischen Widerspruch und Kritik einerseits und der aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger andererseits, gilt es nicht nur auszuhalten, sondern vielmehr konstruktiv zu nutzen.

Rolle der Seniorenbüros

Die Potenziale der Älteren können noch viel umfassender erschlossen werden, wenn es gelingt, diese gezielter anzusprechen, kompetent zu beraten und angemessen zu begleiten. Es darf nicht weiter zu Diskriminierungen und impliziten Ausgrenzungen kommen, die vorhandenes Erfahrungswissen und wichtige Kompetenzen brachliegen lassen. Es braucht im Gegenteil Maßnahmen, die auch ältere Menschen zur Aufrechterhaltung oder zur Neuaufnahme von Engagement einladen.

Damit kommt die lokale Infrastruktur zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements wieder ins Spiel. Insbesondere Seniorenbüros sind wegen ihrer Expertise hinsichtlich der Lebenslagen älterer Menschen als Akteure hier besonders prädestiniert. Sie sind – ein entsprechendes fachliches Profil vorausgesetzt – kompetente Ansprechpartner für Einzelpersonen und Organisationen, um diese bei der Weiterentwicklung des Engagements zu beraten und Interessierte passgenau zu vermitteln.

Die Organisationen und Institutionen ihrerseits müssen sich noch stärker öffnen und qualifizieren. Dazu gehört, dass die Bedingungen der Mitwirkung transparent sind und auch Mitgestaltung und Mitbestimmung ermöglichen. Für manche Organisationen ist dies noch ein Lernprozess, der durch das Know-How der Seniorenbüros fachlich unterstützt werden kann. Im Idealfall moderieren diese



Foto: Kamal Fatah

Aushandlungsprozesse vor Ort, bei denen die Akteure gemeinsam festlegen, welche Leistungen durch Freiwillige und zu welchen Konditionen erbracht werden können. Damit wird auch klar, wo hauptamtliche Kräfte zwingend notwendig sind und damit auch die kommunale bzw. staatliche Verantwortung erhalten bleibt. Ulla Woltering, Seniorenbüro Ahlen und stellvertretende Vorsitzende der BaS sagt dazu: „Kommunale Seniorenbüros arbeiten im Spannungsfeld zwischen der Erbringung von Dienstleistungen und ‚Partner-Sein‘ in der Bürgergesellschaft. Ein Umdenken ist erforderlich: die Bürgerinnen und Bürger brauchen keine ‚Vollversorgung‘ durch standardisierte Leistungen. Die Kommune muss Kontrolle abgeben und die Menschen an Planungs- und Umsetzungsprozessen partnerschaftlich beteiligen.“

Seniorenbüros verstehen sich als „Anwälte“ von Teilhabe und Partizipation. Ihr Kernanliegen ist nicht die Rekrutierung von (kostenlosem) Hilfspersonal, sondern die Implementierung von angemessenen Formen der Kooperation auf Augenhöhe zwischen freiwillig Engagierten und Hauptamtlichen. Dabei verlieren sie nicht aus dem Blick, dass es eine klare Abgrenzung zwischen bezahlten und nicht-bezahlten Tätigkeiten geben muss. Nur dann kann das Engagement seinen Eigenwert bewahren und gleichzeitig kritischer Mahner bei sozialen Missständen sein. „Unser Seniorenbüro unterstützt bürgerschaftlich Engagierte und Initiativen, die sich einmischen, Ursachen verändern wollen und die Selbsthilfepotentiale der Betroffenen stärken“, so Christian Wienberg, Vorsitzender Seniorenbüro Hamburg e.V.

Der Übergang von dem konkreten Einsatz für ein spezifisches Anliegen zu der „Einmischung in die eigenen Angelegenheiten“ (Max Frisch) ist fließend.

Insofern kann die freiwillige Mitwirkung ohne die gleichzeitige Möglichkeit der Mitgestaltung nicht gedacht werden. Mündige Bürgerinnen und Bürger, gleich welchen Lebensalters, sind innerhalb und außerhalb von verfassten Organen der Demokratie notwendig. Bisherige Formen der Interessenvertretung und der politischen Einflussnahme müssen erweitert und ergänzt werden. Die damit eventuell verbundene Abtretung von Gestaltungsspielräumen, etwa von kommunalen Mandatsträgern, wirft dabei durchaus auch Fragen hinsichtlich der Legitimation von demokratischen Entscheidungsfindungen oder von Minderheitenrechten auf. Hier gilt es mitunter neu zu definieren, wie dies nicht nur rechtskonform, sondern auch „gerecht“ im Empfinden der Menschen geschehen kann.

Das auf dem freien Willen der Bürgerinnen und Bürger basierende Engagement ist Ausdruck einer freiwilligen Verantwortungsübernahme in der Gesellschaft. Die daraus erwachsenden Ansprüche der umfassenderen und direkteren Beteiligung der Menschen sind letztlich ein Zugewinn für die demokratische Kultur insgesamt.



„Seniorenbüros können als kompetente Organisationen vor Ort die gesellschaftliche Teilhabe und das soziale Miteinander für alle Generationen ermöglichen und gestalten. Diese Einrichtungen sind damit wichtige Ankerpunkte für ein demokratisches Selbstverständnis und neue Altersbilder.“

(Dieter Hackler, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)